

**Abonnements**  
 werden bei allen Schweizerischen Postämtern, sowie beim Verlag des hiesigen Hiesigen, entgegen genommen, und zwar zum voraus zahlbaren Vierteljahrespreis von:  
 Fr. 2.— für die Schweiz (Streuhand)  
 Fr. 2.— für Deutschland (Courant)  
 Fr. 1.70 für Österreich (Courant)  
 Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Streuhand).  
**Inserte**  
 die Verlagsanstalt Hiesige, 25 Gass. — 20 1/2.

# Der Sozialdemokrat

**Erscheint**  
 wöchentlich einmal  
 in  
 Zürich (Schweiz).  
**Verlag**  
 der  
 Buchhandlung  
 Göttinger, Zürich.  
**Vorkaufungen**  
 (Trennt gegen Franko.)  
 Genüßliche Briefe  
 nach der Schweiz kosten  
 Doppelpost.

## Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

**Nr. 44.**

Wrie an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Österreich vertriebenen „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgeben lassen. In der Regel schick man uns die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Bekannten. In besonderen Fällen eingeschrieben.

28. Oktober 1887.

### Parteigenossen! Vergeßt der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

#### Wider einen Justizmord.

Wider das Chicagoer Bluturtheil und seine Vollstreckung hat ein Amerikaner, Leon Lewis, in Greenpoint, N. Y., ein Pamphlet veröffentlicht, in welchem er an der Hand von attemmäßig feststehenden Thatsachen mit unwiderleglicher Beweiskraft den Nachweis liefert, daß das Urtheil ein ungerechtes und ungesetzliches ist.

Es heißt da:  
 „Die Konstitution der Ver. Staaten garantiert jedem Angeklagten das Recht, vor einer unparteiischen Jury prozessirt zu werden. Haben sich die Angeklagten dieses Rechtes zu erfreuen gehabt? Nein, tausendmal Nein!  
 Die Jury, welche sie verurtheilte, statt unparteiisch zu sein, war, wie allgemein bekannt ist, und wie ihre Mitglieder selbst eingestanden haben, in insamer Weise parteiisch, vorurtheilspoll, ungesetzlich und unfähig.  
 Und nun sehe man sich den Status dieser meiseidigen Schurken und Reuegeländer an:

- Geschworener Nr. 1.**  
 Er sagte, daß er gegen Sozialisten, Anarchisten und Kommunisten als Klasse ein Vorurtheil habe.
- Geschworener Nr. 3.**  
 Er gab zu, daß er eine Meinung bezüglich der Schuld oder Unschuld der Angeklagten geäußert und diese Meinung jetzt noch nicht geändert habe, und daß sie ihn nach seiner Meinung hindern würde, ein unparteiisches Verdict abzugeben.
- Geschworener Nr. 4.**  
 Er sagte, daß er sich eine Meinung über die Schuld oder Unschuld der Angeklagten bezüglich des Verdachts gebildet und dieselbe im Gespräch mit Anderen ausgedrückt habe.
- Geschworener Nr. 6.**  
 Er hätte gesagt, es solle an Jemandem ein Beispiel statuirt werden, und wenn es bewiesen würde, daß die Männer, deren Namen er in den Zeitungen gelesen, mit der Affäre in Verbindung gestanden hätten, sollten sie es sein, an welchen das Beispiel statuirt würde.
- Geschworener Nr. 7.**  
 Er gab zu, daß er gegen Sozialisten, Kommunisten und Anarchisten voreingenommen sei.
- Geschworener Nr. 8.**  
 Er sagte, er habe ein Vorurtheil gegen Anarchisten, Sozialisten und Kommunisten, und aus dem, was er gelesen, habe er sich bezüglich des Heumarkt-Verdrehens ein Urtheil über die Schuld oder Unschuld der Angeklagten gebildet.
- Geschworener Nr. 9.**  
 Auch er sagte, daß er sich eine Meinung gebildet habe sowohl in Bezug auf die Heumarkt-Affäre, sowie in Bezug auf Sozialisten, Anarchisten und Kommunisten.
- Geschworener Nr. 10.**  
 Er sagte, daß er sich aus den Berichten, welche er gelesen, über die Schuld der Angeklagten oder einiger derselben ein Urtheil gebildet habe.
- Geschworener Nr. 11.**  
 Er gab zu, daß er der Ansicht geworden sei, daß einige der Angeklagten des Verdrehens auf dem Heumarkt schuldig seien, und daß er diese Ansicht jetzt noch hege.
- Geschworener Nr. 12.**  
 Er sagte, er habe nach dem, was er gehört und gelesen, eine Meinung in Bezug auf die Schuld oder Unschuld der acht Angeklagten, daß sie die Bombe gemorfen hätten; ebenso habe er ein entschiedenes Vorurtheil gegen Sozialisten, Kommunisten und Anarchisten.

Gibt es irgend etwas in den Annalen richterlicher Niedertracht, wodurch diese Thatsachen überboten werden könnten? Es gibt im ganzen Lande keinen ehrlichen Friedensrichter, welcher einen Mann, der einen Hund todtgeschossen hat, vor einer solchen Jury prozessiren würde! Aber damit noch nicht genug. Zwei ehrenhafte Bürger haben beschworen, daß der dritte Geschworene über Spies gesagt habe: „Spies und die ganze verdamnte Bande sollten gehängt werden!“ Und trotzdem wird dieser meiseidige Schurke in seinem Verbrechen von Richter Gary und der Supreme Court (Obergerichtshof) von Illinois unterstützt!

Und in Bezug auf den 11. Geschworenen hat ein Bürger Namens Gull bezeugt, derselbe habe gesagt: „Die Polizei hätte sie alle niederschlagen sollen; die Angeklagten haben kein Recht in diesem Lande, und wenn ich an der Jury wäre, würde ich die verdammten Halkunten alle zusammen hängen!“  
 Und wie ist nun eine Sammlung solcher niederträchtiger und verlogener Parteigänger in die Jurybox (Bank der Geschworenen) gelangt? Nichts leichter als das!

Man höre nur, was der Special Bailiff (Gerichtsdienner) Kago gesagt hat, der die Jury auszulösen hatte: „Ich habe diese Sache in der Hand und weiß, was ich zu thun habe. Diese Kerle werden gehängt werden, so sicher wie der Tod. Ich suche Leute zu Geschworenen aus, welche sie peremptorisch juridizieren müssen, und wenn sie mit ihren Challenges (die den Angeklagten zustehenden Bemerkungen) zu Ende sind, werden sie solche zu nehmen haben, die dem Staatsanwalt passen.“

Und an einer anderen Stelle:  
 „Dies darf Niemand übersehen. Die Angeklagten sind einfach die Opfer von falschen Zeugen, Reueid, Zeitungsgeschwätz, Lug und Betrug.  
 Ist Euch dieses neu?  
 Höchst wahrscheinlich.  
 Nicht eine Person aus hundert im ganzen Lande hat die geringste Idee von den wirklichen Thatsachen dieses Justizmords, der in Chicago von kapitalistischen Richtigungen geplant wurde.  
 Und warum nicht?“

Einfach, weil es im ganzen Lande kein halbes Duzend Tageszeitungen gibt, die jemals die Thatsachen in Betreff der Angeklagten veröffentlicht haben, oder die nur die geringste Absicht gehabt haben, diese Thatsachen zu veröffentlichen. Nicht ein halbes Duzend, die auch nur einen Versuch gemacht haben, diese Thatsachen zu erlangen. Nicht ein halbes Duzend, die diese Thatsachen veröffentlicht hätten, auch wenn sie dieselben gratis erhalten hätten. Die Tagespresse der Vereinigten Staaten wird hauptsächlich besetzt von sehr „gewöhnlichen“ Kapitalisten und redirt von sodomitischer Eßlingen, von dem gemeinsten, schlechtesten, bummelsten, brutalsten und feinsten Reptiliengeschlecht in Menschengestalt auf der Erdoberfläche. Sie Thatsachen verdrängen? Sie die Reden von Spies und Partions berichten, wie sie wirklich gehalten wurden? Sie den Arbeitern helfen, indem sie die Beschwerden und Leiden derselben bekannt machen?

Richts vergleichen!  
 Ihr System, wie sie ihr Geschäft betreiben, wird am deutlichsten von einem von ihnen charakterisirt, von einem gewissen G. P. English, einem Reporter der „Chicago Tribune“.  
 „Ehe ich nach der Versammlung ging,“ bezeugte dieser kleine Vertheidiger unserer Freiheit, „waren meine Instruktionen von der Tribune-Office, daß ich nur die aufrührerischen Theile der Reden aufnehmen sollte.“ Von dieser Probe urtheilt auf alle. Sie haben alle um die Verurtheilten eine Verschönerung gewoben, eine Verschönerung von Betrug und Falschheit, mit der Absicht, sie im Dunkeln zu zerstreuen, und ihnen sogar ihre letzten Forderungen auf ein Verdict zu entziehen!

Wenn die Profession der mit dem Talar bekleideten Idioten, bekannt als das Supreme Gericht von Illinois, auch nur eine Ahnung von Achtung für ihre hohe Stellung gehabt hätten, die sie so sorgfältig proklamirt haben, so hätten sie die ganzen Verhandlungen des niedrigeren Gerichts mit einem Duzend bezeichnender Zeilen für unzulässig erklärt, die dann wenigstens das Verdienst gehabt hätten, auf „Thatsachen begründet“ gewesen zu sein, und hätten einen neuen Prozeß angeordnet. Doch die Männer, die das niedrigere Gericht bildeten, sich mit Absicht verschworen hatten, die Angeklagten zu ermorden, ist ganz sicher. Nachdem er durch illegale Methoden eine Verurtheilung erlangt hatte, hielt Richter Gary daran fest „wie der grimmige Tod“, einfach, weil ein neuer Prozeß so viel bedeutet, als daß die Gelangenen um Verdringung seinen mörderischen Klauen entzogen würden. Ein anderer Grund dieser richterlichen Kleinlichkeit, um einen neuen Prozeß zu verweigern, war die Verschwendung und die Unkosten. Schein-Gründe angegeben, wenn ein Massenmord geplant wird! Es ist leicht möglich, daß Spies und seine Freunde in einigen ihrer Lehren und Reichthümern getrennt haben, doch kann man dieses auf keinen Fall als ein Verbrechen bezeichnen, auf dem Todesstrafe steht, da sie niemals Anspruch auf Unfehlbarkeit gemacht haben.“

So ein Amerikaner, dem, wie die „New Yorker Volkszeitung“, der die vorstehenden Auszüge entnommen sind, schreibt, „das Herz auf dem rechten Fleck sitzt, und dem der Sinn für Freiheit und Menschenrechte in dem kapitalistischen auf den Despotismus zufliehenden Betriebe unserer Zeit noch nicht abhanden gekommen ist.“

In den nächsten Tagen bereits muß die Angelegenheit zur Entscheidung kommen. Für den Fall, daß das Oberbundesgericht in die Revision eintritt, hat General Benjamin Butler, der frühere demokratische Gouverneur von Massachusetts, die Vertheidigung der Verurtheilten vor diesem Gerichtshof übernommen. Aber es steht noch nicht fest, ob die Formfehler — denn um diese handelt es sich zunächst — von den Herren für genügend erachtet werden, in eine Revision einzutreten.

Ohne hier an ein bekanntes Sprichwort zu erinnern, wollen wir nur hervorheben, daß in der kapitalistischen Presse mit wahrem Hochdruck darauf hingearbeitet wird, Stimmung für die Vollstreckung des Bluturtheils zu machen. Die bedrohte Ausbeuterordnung lechzt nach Genugthuung.

Unter diesen Umständen ist es dringende Pflicht Aller, die von der Ungerechtigkeit des Chicagoer Bluturtheils überzeugt und von dem Wunsche durchdrungen sind, die Ermordung von sieben, für die Sache der Unterdrückten begeisterter Männer zu verhindern, ihre Stimme zum Protest gegen das Urtheil und seine Ausführung zu erheben. In Amerika ist die darauf gerichtete Bewegung in vollem Gange, Tausende von Petitionen sind im Umlauf und werden massenhaft unterschrieben, in denen die Begnadigung der Verurtheilten verlangt wird; in Chicago haben die meisten Mitglieder aller Arbeitervereine, gleichviel ob konservativ oder revolutionär, unterschrieben, die Stadt New-York allein wird, wie das Komite berichtet, 50,000 Unterschriften liefern, und darunter viele von Bürgern in hervorragenden Stellungen. Und diese Bewegung wird entschieden an Kraft gewinnen, wenn der Protest gegen die Hinrichtung auch von Europa her ertönt. Sage Niemand, daß das eine ungerechtfertigte Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Vereinigten Staaten wäre. Die Bevölkerung derselben hat ihrerseits oft genug in gleicher Weise Stellung genommen zu Fragen der inneren Politik der europäischen Staaten. Wir erinnern nur an die massenhaften Protestdemonstrationen gegen die irische Politik der englischen Regierung, die in dem letzten Jahrzehnt in Amerika stattgefunden. Die Sache der Menschlichkeit ist eine den Angehörigen aller Kulturländer gemeinsame, keinem Land darf das Privilegium eingeräumt werden, ihre Gebote mit Füßen zu treten.

Ganz besonders aber obliegt es, wir wiederholen es, den Arbeitern, ihre Stimme gegen den Justizmord in Chicago zu erheben. Die Verurtheilten haben, wenn auch mit verkehrten, nach unserer Ansicht zu verworfenen Mitteln, nach immerster Ueberzeugung für die Arbeitersache gewirkt, kein Arbeiter, der auf die Ehre seiner Klasse hält, wird daher die Sache der Verurtheilten im Stiche lassen.

Die deutschen Arbeiter verhindert ein infames Knebelungs-gesetz an der freien Geltendmachung ihrer Anschauungen, und

die deutschen Machthaber werden dann am allerwenigsten von ihrer Befugniß der Mundtodtmachung Abstand nehmen, wenn es sich um Proteste gegen die ihnen so an's Herz gewachsene Todesstrafe handelt. Könnten die Arbeiter Deutschlands sich regen, sie wären sicherlich unter den Ersten, die sich dieser Protestbewegung anschließen. Es ist ihnen dies aber leider nicht möglich, und so halten wir uns berechtigt, das in ihrem Namen zu thun.

Im Namen der Hunderttausende deutscher Arbeiter und der zu ihnen haltenden Bürger, die treu zur Fahne des Selbstbestimmungsrechtes der Völker stehen, protestiren wir dagegen, daß Männer den Tod von Hensershand sterben sollen, weil ihre Meinungen den herrschenden Klassen des betreffenden Landes schädlich erscheinen; protestiren wir dagegen, daß eine Strafe vollzogen werde, die auf einem Urtheile beruht, das politischer Haß und Klassenvorurtheil diktiert. Wir protestiren dagegen, daß die organisirte Gesellschaft ohne Noth sieben Menschenleben vernichtet, sie, die doch nicht im Stande ist, auch nur ein einziges wiederherzustellen, wenn sie sich hinterher von der Unschuld des vermeintlich Schuldigen überzeugt. Wir protestiren dagegen im Namen der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit.

Und wer gleich uns denkt, schreibe sich diesem Proteste an

#### Die hungernden Schulkinder.

Aus der Wiener „Gleichheit“.

Seit sechs Wochen beschäftigt sich die Wiener Tagespresse mit der Frage der hungernden Schulkinder. Wie ein Blitz vom heiteren Himmel traf die Bourgeoisie diese Nachricht aus einer anderen Welt. Ja, aus einer anderen Welt!

Die hungernden Kinder, um die es sich handelt, leben zwar nicht weit von den glänzenden Palästen, sie gehören aber der Welt der Armen und Entsetzten an, von der die andere Welt, die der Salten und Lustrierten, nicht weiß, wie sie lebt, ja es nicht wissen will. Aus Lust ein Reporter der „Presse“, dessen gute Absichten wir gerne anerkennen wollen, ein wenig den Vorhang, und die Verhältnisse sind gezwungen, ein Bild der unendlichen Reize des Abends zu erkennen. Man entdeckt einen verdächtigen Rauch und eilt, zu löschen, ist aber ängstlich bemüht, nicht zu erkennen, daß das kleine Feuer, das man löschen will, ein winziger Theil der großen Feuerstätte ist, die der Vulkan, auf dem man sorglos tanzt, Tag für Tag auswirft. Man hatte gar keine Ahnung davon, daß es möglich wäre, daß Kinder, ungeschuldet Kinder, Tag für Tag hungernd die Schule besuchen; wir begreifen ganz wohl und freuen uns darüber, daß man stattdessen die Zahl der hungernden Schulkinder erforschen will, hatten es aber für ein Zeichen außerordentlicher Unkenntniß, daß man die Thatsache überhaupt erst entdecken mußte.

Wovon, Ihr wohlthätigen Fabrikanten, sollen denn die Kinder leben, deren Eltern Ihr aus der Arbeit entlast, woher sollen die Zeitungskunden von Arbeitslosen, diese große industrielle Reserve-Armee, die Euch so billig produziren läßt, woher sollen die nehmen, daß ihre Kinder gefüttert die Schule besuchen können?

Es gehört wohlthätig Mitleid dazu, sich über das Vorhandensein von hungernden Schulkindern zu wundern; weit mehr mußte man erstaunt sein, daß nur so wenige hungern.

Denor wir dies untersuchen, wollen wir aus dem reifen Materiale, das die „Presse“ mittelt, Einiges zum Abdruck bringen.

Sie fügt an, „daß Kinder vor Hunger in der Schule eingeschlafen sind, daß Eltern den Kindern, die sie nicht ernähren können, Brandtwein zu trinken geben, um den Hunger zu betäuben, und daß dann die Kinder betrunken in die Schule kommen! Erhebungen der Schulleiter haben folgendes Resultat ergeben, daß 119 Kinder überhaupt kein Mittagmahl, 324 Schulkinder öfter kein Mittagmahl, 555 Schulkinder im Allgemeinen Nahrungsmangel, 268 Schulkinder Mittags nur ein Stück Brod, 184 Schulkinder kein warmes Mittagmahl und 300 Schulkinder Mittags nur Brod und Kaffee oder Gemüße erhielten.“

Dabei gaben die Schulleiter an, daß die Zahlen im Winter bedeutend wachsen, und an einer Schule allein wird die Zahl der zeitweise hungernden Kinder mit mehr als 400 angegeben.

Diese Zahlen werden bedeutend größer, wenn man auch die Kinder hinzurechnet, welche ab und zu hungern müssen, weil die Eltern an solchen Tagen nichts verdienen.

Wir können das ganze Material nicht mittheilen, und verweisen auf den Lokal-Anzeiger der „Presse“ vom 6. ds. Mis. In untenstehender Tabelle sind die hungernden Schulkinder nach den einzelnen Bezirken aufgeführt:

Bezirke	Schulen		Zahl der hungernden Schulkinder.
	ohne	mit	
I.	10	2	3
II.	5	21	352
III.	1	18	274
IV.	6	8	84
V.	—	13	382
VI.	2	12	166
VII.	?	10	77
VIII.	?	?	53
IX.	?	?	200
X.	—	(Sammtliche)	1058

Von den Bezirken ist in der ganzen Artikel-Serie der „Presse“ nur einmal, und zwar auch nur ganz nebenbei, die Rede, und doch sagen ja die Zahlen für den Bezirk Favoriten deutlich genug, daß die Noth vor den Linien noch eine unendlich größere ist als innerhalb derselben. Wie glauben, daß sich die Behauptung leicht beweisen ließe, daß in Verbindung oder Dittakung allein mehr Schulkinder hungern als im I. bis IX. Bezirke. Warum hütet man sich, den Schleier weiter zu lästern? Man hat wohl schon genug von dem, was man bisken erfahren hat. Man ehnt, daß Wien geradezu abnorm günstige Verhältnisse hat, daß es ein Glück für die Stadt Wien ist, die ja zum großen Theil ihren Reichtum aus den Bezirken zieht und dafür immer mehr die Armen in die Arme hineindrängt, daß es für die Krühen innerhalb Wiens leicht möglich ist, durch Sozialreue die soziale Frage zu lösen.  
 Heute ruft Alles: „Hier muß geholfen werden!“ Wenn wir aber den Schleier nur vom Kindersend ganz wegziehen könnten, wenn wir das

Glend der Kinder in den Wiener Vororten, in allen Industriebezirken, in den Gegenden mit „blühenden“ Hausindustrien, mit Millionen erzeugenden Kohlenwerken, bei den Arbeitern und Kleinbauern der Landwirtschaft zeigen könnten, wenn wir es noch so wahrheitsgemäß darstellen könnten, wenn wir es noch so bezugslos schädeln wollten, man würde uns entgegen, die Sache sei nicht wahr; es sei nicht so arg; es sei eine Fügung Gottes; es sei immer so gewesen; es muß eben Arme und Reiche geben u. s. w.

So würde sich die juristische und denkfaule Masse dieser Frage gegenüber verhalten, wenn sie für ein ganzes Land gestellt würde. Und die wenigen Egoisten, die das Denken nicht ganz verlernt hatten, werden ausrufen: „Nach und die Sündflut! Tausen wir nur weiter auf dem Sullan und freuen wir uns des Lebens, machen wir uns keine Sorge darüber, daß an unseren Kindern alles sich rächen wird.“

Heute läuft man mit dem Ringelbeutel herum, gründet Vereine, um den Kindern ihre Mittagskost zu sichern, vor einer nur halbwegs energischen Maßregel schreit man zurück. Als in Paris vor einigen Jahren die gleiche Frage auftauchte, da entschloß sich die Gemeinde, die Kinder unentgeltlich zu beschulen, ja sie that viel mehr, sie führte neben der allgemeinen Schulpflicht die allgemeine Pflicht ein, sich Mittags von der Gemeinde beschließen zu lassen. Mit einer Feinsichtigkeit, die unserem „gemüthlichen“ Wien fern liegt, war der ganze Maßregel hiermit der Charakter des Altruismus genommen. Das Kind des Millionärs, des Ministers sitzt am gleichen Tische und ist aus derselben Schüssel mit dem Kind des Tagelöhners und des Arbeitlosen. Freilich, im Pariser Gemeinderath sahen „berühmte Kommunitarier“, im Wiener aber „berühmte Patrioten“. Bei uns hütet man sich davor, die Bourgeoischönden in schlechte Gesellschaft kommen zu lassen, und ist eifrig bemüht, die Klassen gegenüber vom 6. Jahre an zu erweisen.

Kun, uns kann es recht sein!  
Als man in allen Zeitungen zu sammeln begann, erboten sich eine Reihe Personen, armen Kindern einen Freitisch zu gewähren. Wir hoffen, daß man wenigstens diese nicht akzeptirt hat. Da sollen die Proletarierkinder lieber noch recht schlechtes trockenes Brod essen, als Tag für Tag die Köpfe von den Tischen des Reichthums zu erbeuten und Demüthigungen erdulden zu müssen.

Da wir vorläufig noch nicht aus eigener Kraft das Glend aus der Welt schaffen können, so freut es uns wenigstens, wenn man immer mehr von demselben erfährt, wenn die Erkenntniß über die bestehenden Zustände in immer weiteren Kreisen wahrgenommen wird. Bei uns ist damit erst der Anfang gemacht worden! Unsere offizielle Statistik kümmert sich um Alles lieber als um die ökonomische und soziale Lage der Bevölkerung, private Untersuchungen werden von maßgebender Seite eher erschwert als gefördert, so daß wir heute noch auf einem so niedrigen Niveau sozialer Erkenntniß stehen, daß man ganz naiv eine Frage wie die der hungernden Schulfinder durch die private Wohltätigkeit aus der Welt schaffen will, wo man doch endlich einsehen sollte, daß man die hungernden Schulfinder nicht aus der Welt schaffen kann, ohne den Eltern genügendes Einkommen zu verschaffen.

Man kann schon aus dem bisher in den Zeitungen veröffentlichten Materials ersehen, daß nicht nur uneheliche Kinder oder solche, deren Eltern arbeitlos sind, hungern müssen, sondern auch solche, wo sich Vater und Mutter oder gar Beide von Morgen früh bis Abends spät schwer abrackern müssen, ohne für sich und ihre Kinder genug an tägliches Brod zu verdienen.

Vor den tieferen Ursachen des Uebels verfährt man aber geistlichlich Aug' und Ohr, und mit Recht!

Würde die Bourgeoisie die letzten Ursachen nur in dieser einen Frage der hungernden Schulfinder, die sie jetzt beschäftigt, erforschen wollen, sie würde ganz gegen ihren Willen und zu ihrem höchsten Erstaunen gleichzeitig die Wurzel aller übrigen sozialen Krebsgeschwülste entdecken. Auch sie würde einsehen müssen, was sie nicht einsehen will, ja nicht darf, was das Proletariat aber schon längst erkannt hat, daß man weder eine einzelne, noch die soziale Frage überhaupt endgültig und sicher lösen kann ohne gründliche Neugestaltung der Gesellschaftsordnung.

## Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 26. Oktober 1887.

Man schreibt uns: „Die schärfere Tonart hat in St. Gallen gefeiert.“ Jammer die deutsche Reptilienpresse. Ist's wahr? Ja und Nein! —, wenn damit gesagt sein soll, daß in Bezug auf die politische (— parlamentarische und sonstige —) Thätigkeit der Partei legend eine veränderte Auffassung Platz gegriffen habe. Das ist nicht der Fall. Wer die Berichte der verschiedenen Kongresse der Partei liest, wird finden, daß der vorwiegend agitatorische Zweck der parlamentarischen Thätigkeit stets betont, aber auch stets — ebenso wie auf dem letzten Parteitag — die Unfruchtbarkeit der ausschließlichlichen Negation anerkannt wurde. Die Partei hat also in dieser Beziehung durchaus ihren alten, durch das Prinzip und die Logik ihr vorgeschriebenen Standpunkt bewahrt. Eine Partei, welche ein festes, klares Programm hat, und ihre politische Aktion von Prinzipien abhängig macht, kann nicht willkürlich ihr politisches Verhalten wechseln, wie man das dem Reichthum. Und Umstände, welche die deutsche Sozialdemokratie zu einer veränderten Taktik zwingen könnten, sind bisher nicht eingetreten. Unsere bisherige Taktik gegenüber dem Sozialistengesetz und dessen Urheber und Vollstreckern hat sich so vortrefflich erwiesen und der Partei so große Erfolge gebracht, daß sie aus Taktänderungen bestehen müßte, wollte sie nun die Bahnen einer anderen Taktik einschlagen. Das kann später möglich werden — jetzt aber wäre es der reinsten Wahnsinn.

Als eine veränderte Taktik ist in St. Gallen nicht beschlossen worden, und sogar die Resolutionen betreffend das Verhalten anderen Parteien gegenüber entsprechen genau dem, was auf den früheren Kongressen beschlossen wurde.

Und doch ist ein Sieg der „schärfere Tonart“ zu verzeichnen — wenn auch nicht in dem Sinne der deutschen Polizeiblätter. Nicht daß zwei verschiedene Tonarten im Kampf mit einander gewesen wären. Was die Polizeiblätter von derartigen Differenzen und Konflikten erzählen, ist eitel Schmales. Aber in der ganzen Partei ist eine schärfere Tonart zur Herrschaft gekommen. Unter den obwaltenden Verhältnissen konnte und kann kein Gemische mehr eine sogenannte „mildere Tonart“ oder „gemäßigte Richtung“ befürworten. Der St. Gallener Parteitag hat einfach die Schandthaten der „Kera Puttkamer“ quittirt.

So die Zuschrift. Sie bestätigt, wie man sieht, Alles, was wir im Leitartikel der vorigen Nummer geschrieben.

Der Beschluß des Parteitags, welcher sich auf die Stellung der Sozialdemokratie zu den Anarchisten bezieht, schreibt man uns weiter, legt dem deutschen Polizeigeschweiser von allen gefassten Beschlüssen am schwersten im Magen, denn er macht es den Herren für die Zukunft unmöglich, den Wauwau, welchen sie sich künstlich angefertigt und auf den Namen Anarchismus getauft haben, für das richtige Konterfei der deutschen Sozialdemokratie auszugeben. In ihrem ohnmächtigen Grimm deuten und übertreiben sie an der fatalen Resolution herum, und finden allerhand daran „bedenklich“. Ramentlich, daß die Verantwortlichkeit für gewisse Verweisungsakten den Richtern und Verfolgern der sozialdemokratischen Emanzipationsbestrebungen aufgemacht wird. Das soll eine „bedenkliche“ Schwankung nach links sein, eine „bedenkliche“ Konzeption an die Propaganda der That!

Wappesopapp! Nur kein albernes Geschwätz, ihr Denunziantenool. Was da ausgesprochen ist, ist nicht bloß die Wahrheit, wie Ihr selbst sehr wohl wißt! — denn daß der Befolgler für den von ihm provozierten Stroh- oder Rache-Akt des Befolgten die moralische Verantwortlichkeit hat, ist seit Jahrtausenden anerkannt — es ist auch im Reichthum von den Rechnern der Sozialdemokratie wiederholt klar und bestimmt ausgesprochen worden — von Liebknecht z. B. direkt mit Bezug auf Rosa. Also von „Schwenken“ keine Spur. Die

deutsche Sozialdemokratie läßt sich bloß nicht von dem Boden, welchen sie inne hat, wegdrängen. Das ist Alles.

Nur mit aufrichtigem Bedauern vermag man den nachfolgenden Brief zu lesen, den einer der berühmtesten Chicagoer Anarchisten, Louis Lingg, nach Bekanntwerden des Obergerichts-Urtheils an einen seiner Freunde gerichtet, und den dieser in der Chicagoer „Arbeiterzeitung“ veröffentlicht hat. Mit aufrichtigem Bedauern über die Selbsttäuschung u. s. w., über die Verblendung, die aus dem Briefe spricht, der andererseits von einem Ruffe zeugt, dem wir zuletzt die Anerkennung verjagen dürfen.

Man höre also: „Cook County Jail, 20/9. 87.

Lieber Freund!  
Wie ich aus Deinem letzten Schreiben zu ersehen Gelegenheit habe, hat Dich die zu erwartende Bestätigung des „hamosen“ Urtheils, im Gegensatz zu mir so aufgeregt, daß es scheinen möchte, als könnte ich Dich trösten. Und fastlich, wenn Du heute Gelegenheit gehabt hättest, an meiner Unterredung mit der schönen Heidelbergerin theilzunehmen, würdest Du meine Befähigung, Anderen die Situation durch Laßen und Scherzen vergessen zu machen, sichtlich anerkennen.

Kapitalistische Lohnschreiber freilich und ähnliches Gesuch findet einen solchen Gleichmuth, oder richtiger Salzenhumor unbegrifflich, weil ihnen jedwedes Verständnis einer idealen Begeisterung abgeht.

Was nun die Stimmung unter dem Volke selbst betrifft, so ist selbe in Bezug auf den Protest wirklich zufriedenstellend. Anders jedoch bezüglich des Fortschritts.

Sich mit einer Begnadigung zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe zu freieren zu geben, ist einfach eines freimüthigen Mannes unwürdig. Sage mir nicht, daß dann die Kattation noch nicht aufhöre, denn eine solche könnte nur — wenn Erfolg findend — in Kompromissen mit der kapitalistischen Partei enden, was Korruption der Arbeiterbewegung bedeutet. Mir will es aber scheinen, als ob manche sozialdemokratische Führer solches lieber sähen als das rapide Umsichgreifen einer echt revolutionär-anarchistischen Bewegung, was unsere „geheuliche“ Ermordung unweifelhaft im Gefolge hat.

Ich hingegen bin anderer, entgegengelegter Hoffnung und werde deshalb meinerseits nicht nur eine „Begnadigung“, sondern auch die weitere „Appellation“ an das Obergericht — dem höchsten Instanz der monopolistischen Geldherrschaft — hinterlassen. Jetzt würde die Ausführung kapitalistischer Brutalität ihre besten Früchte zu Gunsten der Arbeiterklasse tragen, nach 3—5 Jahren, während wir hier sitzen, weiß der Teufel, wie die Stimmung ist. Und was würde unterdessen sein? Den Geldpropheten kann es natürlich nur lieb sein, wenn die Arbeiter Jahrtausende von Dollars auf dem Befahren des gesellschaftlichen Weges ausgeben, denn unterdessen begannen sie — die Arbeiter — nichts wirklich Revolutionäres. Aber ich und mein Freund Engel — vielleicht auch Parsons und Fisher — sind eben den Ausbeutern nicht so gefällig, um da mitzumachen.

Dem Volke erst noch beweisen, daß es wirklich keine Versammlungs- und Redefreiheit besitzt?

Unfall! Wenn das durch die lehrjahrlangen Erfahrungen polytechnischer Militär und nur durch die Bestätigung unseres Urtheils durch die „hohen“ Gesellschaftsklassen noch nicht begrifflich gemacht worden ist, wird es auch nicht durch eine voranschreitende Bestätigung seitens der höchsten Gesellschaftsklassen und Monopolstrukturen begrifflich gemacht werden. Im Gegentheil!

Ich behaupte, daß solche einseitige Menschen erst recht an Gesetz und Autorität glauben würden, weil das Urtheil „dreimal gefällt“ und demnach doch „gerecht sein müßte!“

Also, mon chor ami, mit der Fortsetzung der Gerechtigkeitsuche meinerseits, „is nicht!“ Wägen die heutigen Nachhaber thun, was sie nicht lassen können, und — darnach ernten.

Räheres kannst Du aus unseren Organen, vorzüglich „Freiheit“ ersehen. —

Louis Lingg.

Man braucht nur einen Blick in die amerikanische Arbeiterpresse zu werfen, um sich zu überzeugen, wie grundtoll die Voraussetzungen sind, von denen der Briefschreiber hier ausgeht. Nicht nur steht die Arbeiterklasse nicht zur Aktion bereit hinter ihm und seinen Freunden, die vorgeschrittenen Elemente derselben haben auch alle Mühe, die Klasse nur zur Unternehmung der Begnadigungsgesuche zu bewegen. Aus diesen falschen Voraussetzungen erklärt sich auch der Haß, den der noch sehr jugendliche Louis Lingg gegen die „sozialdemokratischen Führer“ hegt, den diese aber keineswegs zurückgeben.

„Das Sozialistengesetz hat seine erzieherische Wirkung noch nicht vollendet.“ orafelt Pindler, Bismarck oder Bismarck-Pindler in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“. Coffe. Den Anlaß zu diesem tiefstimmigen Weisheitspruch gibt natürlich der St. Gallener Parteitag, der unseren Politikern, Volkspolitikern und Reptilien schwer im Magen liegt. — Sapperlot, die „Norddeutsche“ hat einmal die Wahrheit gesagt: Das Sozialistengesetz hat in der That seine erzieherische Wirkung noch nicht vollendet, obgleich es schon auf ganz respektable Leistungen zurückzuführen kann. Wir hätten gedacht, die „erzieherischen Wirkungen“, die einerseits an deutschen Politikern, Richtern und Anarchisten, andererseits an den deutschen Sozialdemokraten zu Tag getreten sind — dort die Korruption, Serolilität, Spitzelerei und Denunziationssuche, hier der fränkere Zusammenhalt und die schärfere Tonart — wir hätten gedacht, damit könne die „Norddeutsche“ zufrieden sein. In dem, was den Reichthum ist kein Himmelsreich; Pindler-Bismarck oder Bismarck-Pindler ist nicht zufrieden, und warum soll es mit den „erzieherischen Wirkungen“ nicht noch weiter verläßt werden, bis sie „vollendet“ sind? Man sollte es zwar für unmöglich halten, daß die Korruption, Serolilität, Spitzelerei und Denunziationssuche noch gezeigert werden können, inder nach dieser Richtung hin kann die Beständigkeit unserer Politikern, Richter und Anarchisten nicht hoch genug veranschlagt werden. Wer hindert unsere Politikern und Richter, noch „neue Rechtsgrundlagen“ zu entdecken und den Hypnotismus und die Gedankenleere in ihre Dienste zu nehmen?

Und was die bösen Sozialdemokraten betrifft, so sind sie so bodenlos verdorben und niederträchtig, daß es ihnen ein diabolisches Gaudium sein würde, wenn der biedere Vally-Nashlow den Anlaß zu einer weiteren „Beschäftigung der Tonart“ gäbe. Wir können also noch allerhand angenehme Lieberlassungen erleben. In jedem Fall aber soll Vally-Nashlow seine helle Freude an den „erzieherischen Wirkungen“ des Sozialistengesetzes haben. Das verbürgen wir ihm.

x Was ist Was! Das ist ein altes Wort und ein großes Wort, aber es ist ein wahres Wort und bleibt ewig neu. Lesen wir da in den „Freien Glocken“ des Herrn August Specht — Nr. 42 vom 16. Oktober —, daß auf dem sogenannten „Internationalen Freiender-Kongress in London“ (in welchem Tap Room er wohl „getankt“ oder „genakkt“ haben mag?) auch „die schwierige Frage“ verhandelt wurde, „ob das Freienderthum von der sozialen Frage getrennt werden könne“ (das „Schwierige“ an dieser Frage war jedenfalls, sie so ausgesucht dumme zu stellen. Ann. d. Red.) — und daß der Kongress der Freiender nach gründlicher und tiefstimmiger „Ausführung“ zu dem Schluß gelangt ist:

„daß das Freienderthum gar keine direkten Beziehungen (aber vielleicht manchmal „ein Verhältnis“) Frage der Red.) zu dem hat, was man (wezt Frage der Red.) „Sozialismus“ (die Schmeißchen gehören den „Freien Glocken“. Ann. der Red.) nennt.“  
Und weiter erläutern die „Freien Glocken“:  
Man kann Freiender und zugleich sehr antisozialistisch gesinnt sein; oder man kann umgekehrt entschiedenst Sozialist sein und zugleich sehr fromm. Hat doch selbst das Christenthum ursprünglich einen entschieden sozialistischen und kommunistischen Charakter gehabt.“

Kun, „kommunistisch“ mag sein; sozialistisch gewiß nicht. Was die Behauptung angeht, ein Freiender könne ein Sozialistenfresser und ein Sozialist ein Röhrläubiger sein, so ist das, wenn man sich an den Buchstaben hält, unzweifelhaft richtig, jedoch mit der Einschränkung, daß es mit dem Freienden der Einen und mit dem Sozialisten der Anderen wenig gemeinshaft besteht ist. Ein durchgebildeter Sozialist kann ebenso wenig den biblischen Arminstrams ernst nehmen, wie ein durchgebildeter Freiender dem Sozialismus, welcher Wissenschaft ist, feindlich gesinnt sein kann. Ja, Herr Specht, der Sozial-

ismus ist Wissenschaft. Und wer die Ergebnisse dieser Wissenschaft leugnet, hat nicht mehr Recht, sich einen Freiender zu nennen, als der Fiel oder Frenschüler, der bestreitet, daß 8 mal 8 neun ist.

Aber das paßt dem freienderischen Pfaffenhum nicht in den Kram, sonst würde ja vielleicht der biedere Bourgeois, den die fauchende Wüdersprache der Bibel ärgert, abgehalten werden, sich der Kirche der „Freiender“ anzuschließen.

Die sächsischen Landtagswahlen haben ein für unsere Partei sehr günstiges Resultat ergeben. Der Leipziger Landkreis wurde mit einer glänzenden Majorität behauptet, und wenn auch keine neuen Wahlkreise erobert wurden, so ist doch überall die Stimmzahl für unsere Kandidaten beträchtlich gewachsen — was ein entsprechendes Wachstum der Partei bedeutet. Obgleich sich alle anderen Parteien gegen uns koalirt haben, so würden wir doch mindestens drei der in Frage kommenden Wahlkreise gewonnen haben, wenn für den Landtag dasselbe Wahlrecht bestünde, wie für den Reichstag — das heißt, wenn die 40 Prozent Reichstagswähler, die durch den 3 Mark-Zensus vom Wahlrecht ausgeschlossen sind, hätten mitstimmen können. Es ist das ein so größerer Erfolg, als die Gegner auch diesmal die bekannten Mandate verübten und den bekannten Apparat mit ebenso großer Rücksichtslosigkeit spielen ließen, wie bei den letzten Reichstagswahlen. Die Partei hat sich inzwischen an diese Kampart gewöhnt. Der 18. Oktober war die Revanche für den 21. Februar. Und bei den nächsten Reichstagswahlen wird die Fahne der Sozialdemokratie wieder auf ihren sächsischen Hochburgen flattern.

Die demokratischen Fortschrittler haben bei dieser Wahl wiederum ihre absolute Ohnmacht bewiesen. Der Kampf war überall zwischen den sogenannten Ordnungsparteien und den Sozialdemokraten. Für eine dritte Partei ist in dem ökonomisch so hochentwickelten Sachsen kein Raum.

Folgendes sind die bei der sächsischen Landtagswahl auf die sozialistischen Kandidaten entfallenen Stimmen:

- Leipzig (Landkreis): Bebel gemählt mit 3920 Stimmen gegen 2355 Stimmen; die der Kartellkandidat erhielt.
- Dresden (Antonstadt): Liebknecht 1842 Stimmen (Kartell 2067).
- Leipzig (Stadt) III: Liebknecht 1497 Stimmen (Kartell 3940).
- Freiberg-Zharandt: Liebknecht 150 Stimmen (Kartell 1717).
- Döschau-Wurzen: Peters 405 Stimmen (Kartell 1499, Deutsch-Freisinn 472).
- Zwickau: Bebel 799 St. (Kartell 2801).
- Reerane-Waldenburg: Preuß 816 St. (Kartell 1645), in Limbach hatte Preuß die Majorität.
- Wylau-Treuen: Russoldirektor Stolle 447 Stimmen (Kartell 1342).
- Stollberg-Land: Liebknecht 1688 St. (Kartell 2321).
- Crimmitschau-Werdau: Russoldirektor Stolle 576 St. (Kartell 1505).
- Partenstein-Wildenfels: Liebknecht 578 Stimmen (Kartell 1011).
- Frankenbergr-Wittweida: Bebel 405 St. (Kartell 1502);
- Hohenstein-Glauchau-Waldenburg: Otto 336 St. (Kartell 1011).
- Pirna-Schandau: Lehmann 158 St. (Kartell 905, Deutsch-Freisinn 617).

Die in den übrigen Wahlkreisen — meist ausschließlich ländliche — erzielte Stimmzahl ist unvollständig.

Im Ganzen erhielt unsere Partei diesmal 13,683 Stimmen gegen 4,500 bei der vorigen Wahl in den betreffenden Kreisen.

Die Agitatoren, die sich von den Arbeitergroßen wählten, spielten eine große Rolle in den Reden des nationalliberalen Agitators, Reichstagslandboten und Bundesrats Dr. Jerusalem von der Leipziger Disconto-Gesellschaft.

Jetzt hat der Bruder eben dieses Herrn Jerusalem „Arbeitergroßen“ im Betrag von zwei Millionen Mark unterzschlagen und ist durchgebrannt, nachdem er das Vermögen seiner Bank im Betrag von neun Millionen glücklich vermobelt hatte.

So sind sie, diese Ordnungskulen! Bald heißen sie Birnbaum, bald Jerusalem. Immer aber sind sie den „Arbeitergroßen“ gefällig.

Arbeiter und Maschine. Die Lobredner der kapitalistischen Gesellschaft haben auf den Hinweis, daß die Maschine die menschliche Arbeit verdrängt, stets die Ausrede bei der Hand, daß sei nur vorübergehend der Fall, es habe sich noch stets herausgestellt, daß sie dafür neue Industrien in's Leben gerufen und so den aus der einen Branche herausgeworbenen Arbeitern als Ersatz neue Arbeitsgebiete verschafft habe. Das total falsche dieser Argumentation ist schon oft nachgewiesen worden, aber immer und immer wieder begegnet man dieser Redensart, und deshalb ist es auch nötig, immer wieder auf die Sprache der That sachen hinzuweisen, die mit unwiderleglicher Beweiskraft gegen sie zeugen.

Nach dem Zensus der Vereinigten Staaten stieg im Bereiche derselben in dem Jahrzehnt von 1870 bis 1880 die Anwendung von Motoren in der Industrie von 2300 Millionen Pferdekraften auf 3600 Millionen, eine Zunahme von ungefähr 55 Prozent. Die Zahl der Arbeiter aber nahm, trotz der starken Zunahme der Bevölkerung, nur um 11 Prozent zu, während sie im vorigen Jahrzehnt über 100 Prozent betrug. In einer ganzen Reihe von Industrien, deren Produkt bedeutend stieg, fiel die Zahl der Arbeiter ab.

Was für die Industrie, das gilt auch für die Landwirtschaft. Im Jahre 1870 war das Verhältnis der Ackerbau-Bevölkerung zu der städtischen wie 47 zu 43. Jetzt Jahre sie spärter umfaßt erstere nur 40 unter 100 und dabei verloh sie nicht nur die größere Industrie-Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen, sondern der Export stieg außerdem noch gewaltig.

Der bekannte David A. Wells gibt in einem neuen Artikel weitere Illustrationen dieser Art. Er sagt u. A.: „Die Benutzung des Dampfes in See- und Ueberlandverkehr hat viele Arbeitskräfte enderlich gemacht. Im Jahre 1870 waren in der britischen Dampfschiffahrtsmarine auf 1000 Tonnen noch 47 Arbeitskräfte erforderlich, in 1884 nur noch 28, eine Abnahme von 40 Prozent. Die Kosten des Getreide-Transportes von New York nach Liverpool haben sich seit 1860 um die Hälfte vermindert, auf den amerikanischen Eisenbahnen ist der Transportpreis seit 1860 von 2.05 C. per Tonne und Meile auf 1.05 C. in 1885 gesunken. Die Erfindung der Herstellung von billigen Stahl hat die Betriebskosten der Eisenbahnen vermindert. In allen Industrien ist Handarbeit durch Maschinen ersetzt und die Herstellungskosten sind verringert worden; in den Baumwollspinnereien der Vereinigten Staaten um 52 bis 50 Prozent im Verlauf von nur zehn Jahren. Im Jahre 1840 fertigte der Arbeiter der Spinnereien in Rhode Island bei dreizehn bis vierzehnständiger Arbeit 2600 Yards Sheeting im Jahr, jetzt bringt er es bei zehnständiger Arbeit auf 30,000. In allen Erwerbszweigen ist die Zahl der Arbeiter vermindert worden. In der Schuh- und Stiefel-Fabrikation verrichten jetzt 800 Mann, was vor fünfzehn oder zwanzig Jahren 2145 leisteten. Dies sind nur einige Beispiele von vielen.“

Das einzige Ausgleichsmittel für den Arbeiter auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung wäre eine im entsprechenden Verhältnis fortschreitende Herabsetzung der Arbeitszeit. Aber zu einer solchen wird die kapitalistische Unternehmerrgesellschaft sich nie entschließen. Sie wird, im günstigsten Falle, langsam und in gewisser Entfernung nachhinken, aber auch nicht mehr. Der moderne Kapitalismus braucht einen stets überfüllten Arbeitsmarkt, er braucht Arbeiter, die sich um jeden Preis anbieten, und daher wird ein wirklich den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechender Normalarbeitsstag in der heutigen Gesellschaft nie verwirklicht werden.

Kann auch nur in der Schweiz vorkommen. In Altona soll die Kaserne zum Kantons-Gebäude umgebaut werden. In Deutschland wird man bald vor Katernen überhaupt keinen Platz für Schulen finden.

m. Der Hof-Meinungs-Pfaff — an den Höfen herrscht ja der Meinungs-Pfaff, und so ist es auch bei uns. — also der Hof-Pfaff ist neuerdings ein ziemlich stiller Mann geworden. Manchmal aber redet er noch und macht von sich reden. Da finden wir z. B. in der „Leipziger Zeitung“, dem amtlichen Organ der sächsischen Regierung — wir vergessen das nie hinzuzufügen, denn bloß weil die „Leipziger Zeitung“ das amtliche Organ der sächsischen Regierung ist, erwähnen wir sie — in der Nummer vom 19. d. Mts. folgende Stille und Geistesblitze, die unter dem offiziellen Scheffel hervorgezogen und der Öffentlichkeit überliefert werden muß: „Zur Praxis der Abzahlungsgeschäfte“.

Aber was hat denn der Meinungs-Pfaff mit den Abzahlungsgeschäften zu thun? fragt unwillig ein Leser.  
Nur Geduld! Beide haben viel mit einander gemein — beide bestreben und belügen die Menschen und beide — doch bringen wir die Notiz. Sie lautet wörtlich:

„Zur Praxis der Abzahlungsgeschäfte. In einem Vortrage über Abzahlungsgeschäfte, den er vorgestern in Berlin hielt, ätzte Hofprediger Stöcker auch einige „Schnitz“, wie sie auf den Strohen verteilt werden. Da heißt es z. B. in einer dieser Schriften „postisch“ nach einer Melodie aus dem „Kontopeter von Säckingen“:

„Es liebt Konrad lange die Luise,  
Sie war das Theuerste ihm auf der Welt;  
Doch ihre schämliche Eigenschaft war die:  
Sie hatte eben Alles — nur kein Geld!  
Der Kammer war in Beider Bild zu lesen —  
Beicathen ohne Geld fällt Niemand ein.  
Sie senkten still: Es war' so schön gewesen —  
Doch, lieber Gott, es hat nicht sollen sein!  
Da kam ein Freund — er war gelehrter Schneider —  
Zu Konrad einst und rief: Zeit kommt mal mit!  
..... gibt Euch Rödel, Mäße, Kleider,  
Kurz, was zur Heirat nöthig, auf Kredit!  
Hier Wochen später war im Blatt zu lesen:  
„Verheiratet Konrad Holz und Luise's Stein.“  
Holz sprach: Mein Freund, dein Rath ist gut gewesen!  
Behüt dich Gott, er konnt nicht besser sein!“

Es ist unglücklich — bemerkt Hofprediger Stöcker weiter — mit welcher Freiheit da selbst der Name Gottes mißbraucht wird, um ein Geschäft zu machen! Was für Immoralität in solcher Weise ins Volk hinein-geworfen wird, ist kaum zu sagen!

Dies die Notiz.  
Ja, wahrhaftig, es ist unglücklich, mit welcher Freiheit „selbst“ der Name Gottes mißbraucht wird. Warum hat auch der abzahlungsgeschäftige Jude, um seine Waaren an den Mann zu bringen, statt schlechter Berse nicht einen guten Reineid zurechtgeschickt! Bei einem solchen kann von einem Mißbrauch „selbst“ des Namens Gottes, „so wahr mir Gott helfe“, absolut nicht die Rede sein. Aber freilich, nicht alle tugendhaften Leute bringen es zum Hofprediger.

Welcher Richtung mag dieser Redner wohl angehören?  
Wir lesen in einem englischen Bericht über eine Protestversammlung gegen die Hinrichtung der Chicagoer Anarchisten:

„Schwäbische der Chicagoer Affäre als einen Akt der Vergeltungstheorie, begangen an Gefangenen, die in dem ausgebrochenen Bürgerkrieg zwischen den zwei großen Klassen gemacht worden. Gegen diese Vergeltungstheorie müssen wir unausgesetzt protestieren. Sie führt ganz unermesslich zur Grausamkeit und Ungerechtigkeit. Wenn sich der Kampf noch verschärft, so würden solche Dinge sich mit Naturnotwendigkeit häufiger wiederholen. Kein Volk darf die Angelegenheiten des andern unbeachtet lassen, das Wesen der Arbeiterbewegung besteht in ihrer Internationalität, das Unrecht, das dem einen Theil geschieht, geschieht allen. Und da sie nicht zur Ruhe amüßen, und so ihr „Leben“ im Begehren von Unrecht folgen können, so sollten die Arbeiter jeden Landes die Arbeiter der andern zum Protest gegen solche Vorgänge wie die Chicagoer aufrufen.“

Das klingt recht verständlich, aber zugleich auch recht — gemüthlich. Wer aber war es, der so gesprochen? Kein geringerer als Krapotkin, der Anarchist und Beschützer der „nemäßigsten“ deutschen Sozialdemokratie, Krapotkin. Kein deutscher Sozialist könnte, und kein deutscher Sozialist würde über die gleiche Sache gemüthlicher reden als es Krapotkin hier gethan. Und wohlgerührt, der Bericht rührt nicht etwa aus einem Blatt, das ein Interesse daran haben könnte, Krapotkin's Rede zu fälschen, sondern aus dem, den Anarchisten und speziell Krapotkin sehr wohlwollend gegenüberstehenden „Commonweal“. Wir dürfen also seine Besart als authentisch annehmen, und dies mit um so mehr Recht, wenn wir uns daran erinnern, daß Krapotkin schon vor einigen Jahren sich vor der Öffentlichkeit ähnlich „gemüthlich“ äußerte. Es war dies vor dem Gerichtshof in Lyon. Was Krapotkin da von der Vermeidung von Hintergedanken gesagt, konnte der gemüthliche Sozialist mit Vergnügen unterzeichnen, und seine Erklärung der Revolution unterscheidet sich in nichts von der, die die Bedacht seinerzeit in Leipziger Hochschultageprophet gegeben. Wir stellen das fest, nicht um Krapotkin Freiheit oder dergleichen vorzumerken, sondern um zu konstatieren, wie im gegebenen Moment die Logik der Thatsachen die Anarchisten dahin führt, wider Willen das Falsche ihrer Politik einzusehen.

Selbst die radikalste Theorie schafft die Thatsache nicht aus der Welt, daß, wie die Bedacht in seinem Referat auf dem St. Galler Parteitag sich ausdrückte, zu einer Zeit, wo unsere Feinde die Gewalt in Händen haben, der Appell an die Gewalt ein Appell an die Gewalt der Feinde ist.

Einem beherzigenswerthen Ausdruck des verstorbenen preussischen Demokraten Franz Hegler finden wir in der „Frankfurter Zeitung“ vom 21. October (Abendblatt) titirt. Am Schluß eines Artikels über das Wirken der Bamberger, Forstner, Dastler etc. während der Jahre 1867 bis 1877 heißt es:

„Und waren sie nicht hundertenmal gewarnt durch dieses unerbittliche Tribunal (die Geschichte)? Niemals bereuete, gewaltiger, als es im Jahre 1869 aus dem Munde von Franz Hegler geschah mit den Worten: „Ich unterwerde mich von den Herren hier (den Nationalliberalen) fast gar nicht, nur in einem Wenigen: sie sind jünger, sie sind Männer der That... sie wollen helfen, sie wollen mitwirken... ich kann das nicht glauben, daß selbst das Gute, zu unrechtlicher Zeit und an unrechtlicher Stelle gethan, etwas Böses wird.“  
Und ich will nicht verschweigen, was mich einschüchtern: eine sehr schwere Jugenderinnerung. Ich war noch ein ganz junger Mann, als Benjamin Konstant in derselben Weise wie diese Herren im Anfang der dreißiger Jahre gebaut, geglaubt, gepöbelt, verachtet, immer wieder mitgewirkt hatte, und als er endlich sah, wo diese Sachen hinausliefen, da brach er auf der Tribüne des Hauses mit dem schrecklichen Ausruf zusammen: „Gott und Menschen müssen mich verfluchen, daß ich dazu beigetragen habe, solche Zustände herbeizuführen!“

Das Jlat paßt allerdings vortrefflich auf diejenigen Nationalliberalen, denen es mit dem liberalen im Namen der Partei ernst war, und mancher unter ihnen dürfte sich ähnliche Worte wie die Konstant'schen auch schon zugehört haben. Nach dieser Richtung hin wiederholt der Artikel der Frankfurter Zeitung nur oft Gesagtes. Aber es paßt nicht nur auf die Nationalliberalen. „Ich glaube, daß selbst das Gute, zu unrechtlicher Zeit und an unrechtlicher Stelle gethan, etwas Böses wird“ — hat die Frankfurterin und haben ihre Freunde nicht selbst oft gegen diesen Satz geschrien, haben sie nicht auch oft gesagt und empfunden, „mitzuwirken“, selbst wenn dieses Mitwirken in der Praxis darauf hinauslief, einer solchen, einer schlechten Sache durch einen aufgestellten Besserungsantrag einen leidlich schimmernden Anstrich zu geben? Hat nicht erst neulich die „Frankfurter Zeitung“ den auf die parlamentarische Thätigkeit der deutschen Sozialdemokratie am St. Galler Parteitag gefaßten Beschluß, der durchaus dem Geist der Hegler'schen Ausführungen entspricht, abfällig kommentirt? Und welche Haltung nimmt die „Frankfurter Zeitung“ in der auswärtigen Politik ein? Und welche Politik empfiehlt sie den französischen Republikanern?

Die deutschen Nationalliberalen, deren Sünden die „Frankfurter Zeitung“ so vortrefflich bloßlegen weiß, gingen seinerzeit von falschen Voraussetzungen über die Republikaner und den Charakter der lebenden Personen in Deutschland aus, unter dem von ihnen eingenommenen Gesichtspunkte war jedoch ihr Verhalten immerhin ein logisches. Das kann man aber nicht von denen sagen, die das Falsche der Voraus-

setzungen einsehen, und doch bei der ersten Gelegenheit — national-liberal handeln.

Greift nur hinein ins volle Menschenleben — ruft Altmeyer's Götze in seinem Prolog zum „Faust“ dem Dichter zu, der sein Publikum zu packen wünscht. Wir rathen aber Niemand, diesem Rath des seinerzeit weimarischen Staatsministers zu folgen, es könnte ihm heutzutage theuer zu stehen kommen. In dem Prolog des Kommerzienrath's Vogel in Lunzenau mit den Berlemer, Bierock, und verschiedenen Vertretern des Bogler'schen Romans „Der Herr Kommerzienrath“ — durch welchen Roman der Vogel sich getrost in's Falsche, obwohl die Schilderung des Helden des Romans „nicht vollständig auf ihn paßt“ — hat nun das Chemnitzer Landgericht am 20. October „zu Recht“ erkannt, daß sich Berlemer und Berlemer — der Verfasser war durch § 22 des Preßgesetzes der Hand der Gerichtsbarkeit leider entzogen — in der That, zwar nicht der Verleumdung der Berlemer, wie der Staatsanwalt beantragt hatte, wohl aber überhaupt der Verleumdung schuldig gemacht, demgemäß Bierock zu sechs Wochen, den Buchdruckereibesitzer Walter zu vier Wochen und den Webermeister Streune in Lunzenau zu einer Woche Gefängnis verurtheilt, und ebenso auf Einziehung sämtlicher noch vorhandenen Exemplare des Romans, sowie auf Unbrauchbarmachung der zum Druck desselben dienenden Platten erkannt.

Ein wahrhaft salomonisches Urtheil, das hoffentlich demnächst mit rückwirkender Kraft verallgemeinert werden wird. Die Literatur würde damit um eine ganze Anzahl höchst überflüssiger Produkte, wie den „Don Quijote“ des Miguel Cervantes, so ziemlich den halben Schalepore und dito Molise, insbesondere den „Larische“, „Kabale und Liebe“ von einem gewissen Schiller, den Götze'schen „Faust“ u. s. w. „erleichtert“ und Raum für Talente à la Hans Herrig und ähnliche Dichter von Beruf geschaffen, die nur dann in das „volle Menschenleben“ greifen, wenn es sich um — Verdienste großer Männer handelt.

Ein recht wunderbarer heiliger Scheint der Fabrik-Inspektor für Potsdam-Frankfurt a. D. zu sein. Die aus einer Korrespondenz der Münchener „Allgemeinen“ hervorgeht, verläßt genannter Herr in seinem neuesten Jahrbuch — derselbe liegt uns noch nicht im Original vor — folgende Sentenz:

„Charakteristisch“ heißt es da, „erschient es für die, wie mehrfach hervorzuheben wird, „offensbar auf fremde Konkurrenz (natürlich) „Ausländer, Fremde sind es zumiß“) zurückzuführen Arbeitseinstellungen,“ daß in solchen Fällen die ausbreitenden, und selbst bei (noch Anstalt der Arbeiter?) hohen Löhnen vom Streik geschrieben wurde. Der Aufsichtsbreite für Potsdam-Frankfurt a. D. hat aus dem Munde von Raurer gehört, daß sie gern arbeiten wollten, gern 13 Stunden wie bisher gearbeitet hätten, oder nicht durften, weil sie unter dem Banne der Streik-Kommissionen standen (so, die schändlichen Streik-Kommissionen! Wahrscheinlich haben sie heimliche Sensationskörper und allerhand „herliches Mittel“ zur Verfügung, mit Hilfe deren sie die Arbeiter, die so gern 13 Stunden und noch mehr den Tag arbeiten, zwingen, Herabsetzung der Arbeitszeit zu verlangen. Ist keine Hülfe gegen solchen Drang? Die hier im Bauhandwerk auf zehn-stündige Arbeitszeit gerichtete Agitation hatte Erfolg, die Lohnsteigerung — 30 Pfg. pro Stunde — war aber nach der Berechnung des Aufsichtsbreites nur eine Scheinbare. Die meisten Maurer hätten bei etwas geringerer Lohnsteigerung gern länger gearbeitet, und es erseine auch ganz unheimlich, wenn gerade Saisonarbeiter — wie die Bauhandwerker — welche eigentlich nur sechs Monate im Jahre gute und sichere Arbeitszeit haben, ihre Zeit nicht ausnützen wollten. Es ergebe sich daraus ein Lohnverlust von 25 Prozent. Denn die Bauperiode jähre nur 150—160 Tage, was bei 3 Mark Lohn 450 bis 480 Mark ergibt, während bei dreizehnstündiger Arbeitszeit und 80 Pfg. pro Stundenlohn 585 bis 624 Mk. herauskomme. Bei der Agitation schiene es (und nun kommt das Schöne!) vornehmlich auf Vermehrung des Proletariates abgesehen gewesen zu sein.“

Wirklich schändlich! Keils, diese Streikbrüder! Streiken auf Herabsetzung der Arbeitszeit, um — das Proletariat zu vernehmen! Aber nun sind sie erkannt, und Baillamer's Streik-Erlaß ist glänzend gerechtfertigt. Dank dem scharfsinnigen Fabrikinspektor für Frankfurt a. D. und — Potsdam.

Wahnsinn der heutigen Wirtschaftspolitik. Wir lesen in deutschen Blättern:

„Welche bedeutenden Veränderungen der Welt haben unter den heutigen Verhältnissen erfahren hat, dafür gibt das folgende einen interessanten Beleg. Auf der britischen Insel Singapore, welche sich bekanntlich unter der Südspitze der Halbinsel Malaya (auch heißen Malakka) befindet, also räumlich dem Gebiet der Rohrzuckerproduktion außerordentlich nahe liegt, hat man seit etwa 1 1/2 Jahren Rübenzucker (Sonderzucker) aus Deutschland eingeführt. Die drei dortigen Fabriken konföderirter Früchte gebrauchen ihn zum Einweichen derselben und behaupten, daß es für sie vorthelhafter sei, deutschen Zucker zu gebrauchen, als Franz- oder Javanischer, welche viel theurer einfließen. Die bedeutendste dieser Fabriken bezog aus Deutschland im Jahre 1886 400 Töcke à 100 Kilogramm und im Jahre 1887 bis zum 30. Juni bereits 600 Töcke à 100 Kilogr.; dieselbe ist von der Güte der gelieferten Waare sehr befriedigt.“

Wenn die Verdrängung des Rohrzuckers durch deutschen Rübenzucker unter normalen Bedingungen erfolgte, so ließe sich selbstverständlich, immer die heutigen Konkurrenzverhältnisse vorausgesetzt, nichts dagegen einwenden. Das ist aber nicht der Fall, vielmehr ist sie nur möglich auf Grund des famosen deutschen Zuckerzweckes, bei dem der Händler bei der Auktion den doppelten Betrag der Steuer „vergütet“ erhält, der in Deutschland für den Zucker, bezw. das Rohmaterial derselben, die Rübe, in Anspruch kommt. Am den Restbetrag, den er aber die bezahlte Steuer erhält, kann er auf dem auswärtigen Markt die Konkurrenz unterbieten, diesen Restbetrag aber zählt der deutsche Steuerzahler, bezw. der deutsche Konsumant. Er muß den Zucker theurer bezahlen, damit ihn der Konsumant, bezw. der Händler im fernem Indien recht billig erhält, und der Javanische etc. Pfleger Berechnung hat, seine Arbeitskräften noch intensiver auszunutzen als bisher. Der Triumph der deutschen Zuckerindustrie baut sich auf Unwissen menschlichen Glucks und menschlicher — Raffiniertheit auf!

Zur überseeischen Lebensmittel-Konkurrenz. Wie aus dem Bericht des amerikanischen Generalkonsuls Bosham zu Kalkutta hervorgeht, ist die indische Weizenproduktion im letzten Jahre um nicht weniger als fünf Millionen Zentner gestiegen. In dem mit dem 1. April 1886 beendeten Jahre waren in Indien 27 1/2 Millionen Aker mit Weizen bestellt, das Gesamt-Ertragniß war 289 Millionen Bushel (1 Am. Bushel = 35,25 Liter). Der indische Weizen steht zwar an Qualität dem amerikanischen nach, er wird aber in Europa mit feineren Sorten vermischt und liefert so ein durchaus brauchbares Mehl. Bei den billigen Arbeitskräften Indiens kam dieses, trotzdem der Ackerbau dort noch in altmodischer Weise betrieben wird, erfolgreich mit Amerika konkurriren, und desto erfolgreicher mit Europa. Der Generalkonsul wünscht, die Meinung, die man bisher in Amerika auf Grund früherer Konsularberichte hatte, daß nämlich die Vereinigten Staaten die indische Konkurrenz nicht zu fürchten brauchen, zu verbessern. Diese Konkurrenz existirt bereits und wird, je größere Fortschritte das Transportwesen macht, sich um so fühlbarer zeigen.

Wie gesagt, das sehr zu wünschen ist ebenso wichtig für Europa. Sowohl für die Getreide ausführenden als für die Getreide einführenden Länder, deren Verhältniß zu Amerika damit wesentlich verändert wird, während hier wie dort die Revolution der landwirtschaftlichen Verhältnisse immer weiter um sich greift. Der sogenannte Schutzoll auf Getreide ändert daran wenig, kaum daß er den Prozeß etwas verlangsamt.

Eine begrüßenswerthe Aenderung — schreibt die „Arbeiterstimme“ — empfiel der Gesammtwurf für ein St. Gallisches Wirtschaftsgesetz. Nach dem Gesetzentwurf dürfen nämlich junge Leute unter 18 Jahren nicht über 9 Uhr Abends zur Bedienung verwendet werden. Bleibt eine Wirtschaft länger als bis 12 Uhr Abends geöffnet, so soll ein Bushel in der Bedienung stattfinden. Die in den Wirtschaften Angeestellten haben alle 14 Tage Anspruch auf einen freien Nachmittags. Sie dürfen an diesem

Tag von Mittags 12 Uhr an bis zum nächsten Morgen zu keinerlei Dienstleistung verwendet werden.“

Im Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte ist man zwar eifrig darauf aus, den Wirtschaftlichen, namentlich wenn ihre Besitz, „aufzubrechen“ d. h. unabhängiger Bestimmung „verdächtigt“ sind, allerhand Beschränkungen im Betriebe aufzuerlegen, der Ausbeutung der Angehörigen aber, die in vielen Wirtschaften, und namentlich auch in den „kleinen“ Wirtschaften, betrieben wird, dieser oft mehr als stand-däufige Ausbeutung Jügel anzulegen, darauf ist man bisher noch nicht gekommen. Auch hier blies es der kleinen Schwärze vorbehalten, voran zu marschieren. Eine Untersuchung der Zustände in den Wirtschaften, und, wie gesagt, namentlich derjenigen, in denen die kleine Welt verkehrt, würde wahrhaft grauenhafte Rückschlüsse auf die Ausbeutung und Ausbeutung, wie sie in kleiner Fabrik ärger vorzukommen können. Aber das Stand präsentirt sich im schwarzen Anzug und mit pflichtgemäß lächelndem Antlitz, damit die Laune der gnädigen Herrschaften nicht gestört werde.

Ein wahres Wort schrieb die bürgerlich-demokratische „Zürcher Post“ letzter Tage in einem Leitartikel über die Unmöglichkeit von Reformen im jetzigen Frankreich. Es heißt da zum Schluß: „Die konservativ-Strömung wird über kurz oder lang in Rußland die Oberhand gewinnen; der Teufel der Unfreiheit will es. Die unaufhaltsam fortschreitende Zersetzung, gegen die sie kein Mittel haben, drängt die Gewaltthäter zur Aktion nach Rußen, sie wollen leben — mögen drum Andere sterben. Und nicht nur der Rußen, auch der Jar muß, welcher Art immer seine persönlichen Gefühle sein mögen. Er muß ins Feld ziehen wider die, welche ihn geirren, welche sein angekommenes Regierungssystem vertheidigen, welche die Bekanntheit des Nihilismus als eine Nothe von Bösewichtern verleiht und seiner Polizei Gefälligkeiten erwiesen haben. Es kann ihm schlimm ergehen bei diesem Spießkampf, doch deuten manche Zeichen darauf, daß bei einem solchen Krieg, der zu einem kurzweiligen Kampfe auf Leben und Tod sich gestalten dürfte, auch andere hochgeborene Sünden falsch rechnen könnten. Wer die Geschichte zu lesen versteht, weiß, daß schließlich doch immer die Ernte der Saat entsproß. Und die Hüter Europas haben niederträchtigen Samen ausgestreut!“

Zum Thema vom Nihil. In allen französischen Zeitungen war dieser Tage folgende Notiz der Agence Havas zu lesen: „Ein Telegramm aus St. Pierre meldet den Untergang von fünfzig französischen Schiffen, die in den letzten Tagen an der Küste von Newfoundland vom Sturm überfallen wurden. Die Saison schließt in einer für die Rheder recht unheilvollen Weise ab.“

Dazu bemerkt der Pariser „Socialiste“ sehr treffend: „Es sind, wie man sieht, die Fischer, die von der Arbeit weg ins Meer gejagt worden, und wir wissen nicht, wie viel Witwen und Waisen sie zurücklassen. Und die man beklagt, sind die Rheder!“

Wo die Ernter ihr Leben ließen, haben Die, um deren Profit willen sie auf den Fischfang gegangen, einige Tausend Frank-Billets verloren. Die Bourgeoisie aber schreibt das Unheil auf das Verlusstkonto der an ihrem Wohlstand Gefährdeten.

Die Reußen zählen in der kapitalistischen Gesellschaft nicht; Proletariat ertrinken, was verschlägt's? Sprechen wir von den verloren gegangenen Profitten!

So kommen bei allen Stürmen, Unfällen“ die Zahlen der unbrauchbar gewordenen Pferde vor denen der verkochten Bergarbeiter.

Die Bierjücker kosten, die Zwanziger bringen ein.“

Oesterreich. In St. Pölten bei Wien ist jüngst bei einer Nachwahl zum österreichischen Reichsparlament an Stelle des bisherigen „liberalen“ Vertreters Dr. Granitsch ein Antisemit und zwar mit Hilfe der Klerikalen gewählt worden. Das Warum dieser Erscheinung wird in der „Gleichheit“ wie folgt erklärt und in seinen Konsequenzen erörtert:

„Die Reichsrathswahl in St. Pölten bot ein ergötzliches Schauspiel. Dr. Granitsch, der „Materbank-Granitsch“, der unentwegte Beschützer von welsch Osenheim's „Recht auf Teufelsbrot“, mit einem Wort der Bannerträger der „großen, echten“ liberalen Partei unterlegt einem simplen Ueßin, einem Manne, dessen Hauptberuf es, so viel uns bekannt ist, in der politischen Abregelung seines Sohnes besteht; einem Manne, von dem man nicht einmal weiß, ob er im „Jahrestreffen“ seinem Sohne als Lehrer oder als Schüler gegenübersteht. Allerdings hat man es den Antisemiten und Klerikalen wirklich leicht gemacht. Ein besseres, bequemeres Angriffsobjekt konnte man ihnen gar nicht bieten, als diesen Granitsch, den Typus der Verbindung von Politik und Borse. Wir müssen gestehen, ein deutliches Zeugniß von politischer Impotenz konnten die Herren von der Linken, von Sturm bis Steinwender, gar nicht geben, als mit der Duldung dieses Kandidaten.“

Die zweite Ueberraschung war das Zusammengehen von Antisemiten und Klerikalen. Das wird sich von nun an häufiger wiederholen und ist ganz natürlich; es bedeutet eben das Zusammengehen zweier untergeordneter Klassen: des Kleinbürgers und des Bauers. Der Todesstampf, den beide führen, bringt sie zusammen, läßt sie alle Interessenengstände für Momente vergeffen. Beide, angestoß nach Rettung aussehend, nachdem sie alle Medicamente vergeßens versucht, treffen sich beim Scheinmittelschwindler, der Juden „innerlich“ genommen als Altheils mittel, als Panacee ausführt.

Und darum wird der Antisemitismus bis auf Weiteres noch große Fortschritte machen, wird sich auch fernerst der konföderativen Klerikale mit den — ein — revolutionären Schönermanern, das „unerschütterliche“ Ugermanenthum mit den „vaterlandlosen“ Rüdenen verbinden. Das Alles sind nur Schlagworte, die wirtschaftliche Zusammenhänge bedeu — und einfl, wenn die Wähler gezwungen sein werden, einzusehen, daß das „Bauernrecht“ nicht zu haben ist, wohl aber der Bauer; daß der „Bauernstand“ nicht zu retten ist, wohl aber der Bauer; wenn die weitere ökonomische Entwicklung sie gelehrt haben wird, daß auch ihr Heil allein im Vorkwärts liegt und nicht im Rückwärts! — dann sehen wir auch sie in unseren Reihen kämpfen. — Bis dahin aber wird noch mancher „Jude tobtgeschlagen“ werden. Schade nur, daß die Rothschild und Bleichröder sich so verhalten wenig daraus machen und die ganze Wucht des Angriffs den armen, alten Häuflein trifft, den am Werte zu zapfen der modernen Jugend ebener Zeitvertrieb ist. —

Und schließlich: wenn alle Juden aufgefressen sind, bleibt noch immer der Dr. Granitsch übrig — was den Herren zu denken geben sollte. —

Amerika. Aus dem Bericht des Generals-Sekretärs des Ordens der Arbeitstitler, Wigham, den dieser auf der Konvention des belagerten Ordens in Minneapolis verlas, geht hervor, daß die Mitgliederzahl desselben von 702,984 im vorigen Jahre auf rund 485,000, d. h. um über 200,000 gefallen ist. Doch braucht man deshalb nicht anzunehmen, daß diese 200,000 Mitglieder sammt und sonders der Arbeiterbewegung verloren gegangen sind, vielmehr hat ein großer Theil derselben, wahrscheinlich die Mehrzahl, nach seinem Austritt sich in Gewerkschaften organisiert. Trotz der Schwächung ist der Orden auch jetzt noch eine respectable Macht, er ist noch immer 1/3 so mal so stark an Mitgliedern als vor zwei Jahren. Wird er jetzt nach dem Vorgänge Powderly's in einer Weise reorganisiert, die den Bedürfnissen der Gewerkschaften Rechnung trägt, so ist eher ein erneuertes Aufschwung derselben als ein weiterer Rückgang zu erwarten.

Interessant sind folgende Zahlen. Die Einnahmen des Ordens beliefen sich im letzten Jahre auf 877,740 Dollars (zirka 1,600,000 Mk.), die Ausgaben auf 491,483 Dollars (zirka 2,100,000 Mk.). (So eine Unterbilanz von etwa einer halben Million Mark. Der Rest stand in dem Betrag von 119,916 Dollars auf 5973 Dollars zumammengeschmolzen. Größte enorm sind die Verwaltungskosten. Die Gehälter, Kosten und Vorkaufsausgaben des General-Exekutiv-Comittees (Board = Vorstand) betragen in diesem Jahre die Kleinheit von 58,200 Dollars, wozu noch über 10,000 Dollars für Gehältern des Vorstandes, über 20,000 Dollars für die Schreiber im Hauptquartier, und fast 50,000 Dollars Ausgaben, so daß im Ganzen die Verwaltungskosten hunderttausend Dollars (= 425,000 Mk.) betragen — ungeachtet die Druckkosten die weitere 50,000 Dollars verschlangen. Eine Finanzwirtschaft, die alle andere eher denn musterhaft ist und bringend einer Reform bedarf.)

Franzosenarbeit in Amerika. Unter dem Titel: „Ein neuer Fortschritt der kapitalistischen Wirtschaft“ schreibt der „Socialist“:

